

Aktenzeichen des Bundesverwaltungsamtes

ST 4 - RA _____

Eingangsstempel

Bundesverwaltungsamt
50728 Köln

Vorbemerkungen

- 1. Bitte lesen Sie das Merkblatt (Wichtige Informationen zu Rentenzusatzleistungen für ehemalige Kriegsgefangenen) vor Ausfüllung des Antrags sorgfältig durch und beachten Sie die darin enthaltenen Ausführungen.
- 2. Alle Fragen sind vollständig zu beantworten. Striche gelten als Verneinung.
- 3. Unterlagen bzw. Belege sind beizufügen.
- 4. Falls der Antrag von einem Vertreter gestellt wird, sind Vollmachten, Bestallungsurkunden usw. vorzulegen.

Antrag

auf Gewährung von Leistungen zur Minderung von Nachteilen in der gesetzlichen Rentenversicherung nach § 3 Abs. 2 des Heimkehrerstiftungsgesetzes (HKStG)

Angaben zur Person des Antragstellers

.....
Familiennamen

.....
Geburtsdatum

.....
Familienstand

.....
früherer Beruf

.....
Straße, Hausnummer

.....
Postleitzahl, Wohnort

.....
Name des Ehegatten

.....
BIC

.....
IBAN

.....
Vorname

.....
Geburtsort

.....
Staatsangehörigkeit

.....
letzter Arbeitgeber

.....
Kreis

.....
Bundesland

.....
Geburtsdatum des Ehegatten

.....
Bankleitzahl

.....
Name und Sitz des Bankinstituts

Angaben über Kriegsdienst und Kriegsgefangenschaft

Ich war im Kriegsdienst von bis

Ich war Kriegsgefangener von bis

(Nachweise über die Kriegsgefangenschaft sind vorzulegen.)

Einkommensverhältnisse

Einkommensarten	Monatsbeträge in Euro		beizufügende Nachweise
	Antragsteller	Ehegatte	
a) aus unselbständiger Tätigkeit	Gehalts- / Lohnbescheinigung
b) aus selbständiger Tätigkeit	letzter Einkommensteuerbescheid
c) Grundsicherung im Alter (nach dem Sozialgesetzbuch XII)	Bescheid des Amtes für Grundsicherung
d) Renten aus			
1. gesetzl. Rentenversicherung (eigene Rente)	
Witwer-/Witwenrente	
2. Landwirtschaftl. Alterskasse	
3. Bundesversorgungsgesetz (außer Grundrente)	letzte Änderungsmitteilung
4. gesetzl. Unfallversicherung	
5. Zusatzrente (z. B. VBL, Betriebsrente)	
6. Lastenausgleich	
7. Sonstige Versorgungsbezüge (z. B. nach Beamtenrecht)	
e) Arbeitslosengeld/ Vorruhestandsgeld/Altersübergangsgeld/ Krankengeld	aktueller Bescheid
f) Altenteilsleistungen (auch Naturalleistungen und Wohnrecht angeben)	Übergabevertrag
g) Miet- oder Pachteinnahmen	Miet-/Pachtverträge

h) Sonstige Einkünfte Verträge oder sonstige geeignete Unterlagen
(z. B. Einkünfte aus Lebensversicherungen, Kapitalvermögen, Unterhaltsleistungen u.a.)

Vermögensverhältnisse

	Antragsteller	Ehegatte	beizufügende Nachweise
1. Geld, Spar- und Bankguthaben	
2. Wertpapiere, Beteiligungen	
3. Haus- und Grundbesitz (Art und Bezeichnung)	neuester Einheitswertbescheid

Angaben zu den Wohnverhältnissen, wenn Sie nicht im eigenen Haus wohnen:

- a. ich wohne zur Miete
- b. ich habe Wohnrecht im übergebenen Haus

Ich versichere die Vollständigkeit und Richtigkeit der vorstehenden und in den Anlagen gemachten Angaben. Mir ist bekannt, dass ich bei unrichtiger oder unvollständiger Beantwortung der Fragen von Leistungen ausgeschlossen werden kann und Leistungen, die ich auf Grund dieses Antrages erhalten werde, zurückerstatten muss. Mir ist außerdem bekannt, dass mein Antrag abgelehnt werden kann, wenn ich es unterlasse, im Rahmen einer mir gesetzten Frist vom Bundesverwaltungsamt erbetene Auskünfte zu geben oder angeforderte Unterlagen vorzulegen.

Mir ist außerdem bekannt, dass ich verpflichtet bin, bis zur Entscheidung über den Antrag jede Veränderung meiner wirtschaftlichen Verhältnisse dem Bundesverwaltungsamt unverzüglich anzuzeigen.

Ich erkläre, dass die nachstehend aufgeführten Ausschließungsgründe für meine Person nicht zutreffen.

Von der Förderung nach dem HKStG ist ausgeschlossen, wer:

1. der nationalsozialistischen oder einer anderen Gewaltherrschaft erheblich Vorschub geleistet hat oder
2. durch sein Verhalten gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen hat oder
3. in schwerwiegendem Maße seine Stellung zum eigenen Vorteil oder zum Nachteil anderer missbraucht hat oder
4. eine herausgehobene politische oder berufliche Stellung innegehabt hat, die er durch besondere Bindung an ein
5. totalitäres System erreichen konnte, oder
6. nach dem 8. Mai 1945 wegen eines Verbrechens rechtskräftig zu einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr verurteilt worden ist, das er vor dem 8. Mai 1945 in Ausübung seiner tatsächlichen oder angemäßen Befehlsbefugnis begangen hat, oder
7. nach dem 8. Mai 1945 wegen Verbrechen oder Vergehen an Mitgefangenen in ausländischem Gewahrsam verurteilt worden ist.

Ich ermächtige die zuständigen Behörden, über meine persönlichen, wirtschaftlichen und steuerlichen Verhältnisse dem Bundesverwaltungsamt die notwendigen Auskünfte zu geben.

Behörden und öffentlich-rechtliche Einrichtungen, die im Wege der Amtshilfe um Auskünfte ersucht werden können:

1. Rentenversicherungsanstalten,
2. Stadt-, Gemeinde- und Kreisverwaltungen,
3. Zusatzversorgungskassen,
4. Landwirtschaftliche Alterskassen,
5. Berufsgenossenschaften,
6. Deutsche Dienststelle (WASt),
7. Versorgungsämter,

Informationen zu Ihren Rechten im Rahmen der Verarbeitung von personenbezogenen Daten nach Artikel 13 und 14 der EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) erhalten Sie auf der Internetseite des Bundesverwaltungsamtes: Stichwort - "Heimkehrer-Rentenzusatzleistungen". Die Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten finden Sie auf dem Informationsblatt zur Datenschutzgrundverordnung (DSGVO).

..... ,den.....
(Ort) (Datum)

.....
Unterschrift